

stabilisiert. Der Behauptung der NATO-Strategen, von den sozialistischen Staaten Europas ginge eine Kriegsgefahr aus, wurde endgültig jeglicher Boden entzogen. Das alles und dazu das Streben einiger wichtiger NATO-Partner, sich der nicht nur lästigen, sondern auch gefährlichen Bevormundung durch die USA zu entziehen, führte zu einer schweren Erschütterung des NATO-Militärbündnisses.

Die Strategie der USA-Regierung, die ihre alten Ziele in Europa nicht aufgegeben hat, ist gegenwärtig vordergründig darauf gerichtet, die politische, ökonomische und militärische Expansion gegenüber jenen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu verstärken, die sich politische Freiheit und Unabhängigkeit errungen haben. Die Globalstrategie der USA als der führenden Kraft des imperialistischen Weltsystems bleibt nach wie vor darauf gerichtet, die im Zuge der unabänderlichen historischen Entwicklung ständig auf der geschichtlichen Tagesordnung stehende Ausdehnung der Demokratie und des Sozialismus zu verhindern, die derzeitigen Positionen des Weltimperialismus zu halten und verlorengegangene Positionen nach Möglichkeit wiederzugewinnen. Dem entspricht die sogenannte Johnson-Doktrin, mit der sich die USA-Imperialisten selber ermächtigt und beauftragt haben, überall in der Welt mit militärischer Gewalt einzugreifen, wo eine demokratische Volksbewegung mit den politischen Zielen der USA-Regierung nicht im Einklang ist oder wo nach ihrer Auffassung „Gefahr“ für das imperialistische Weltsystem besteht.

Die Rechnung dieser Globalstrategie der USA geht jedoch trotz zeitweiliger örtlicher Erfolge nicht auf. Es hat sich — insbesondere in Europa — erwiesen, daß überall dort, wo dem USA-Imperialismus die geschlossene Front der sozialistischen Staaten gegenübersteht, dieser es nicht wagt, zu einer Aggression überzugehen. Er sieht sich vielmehr gezwungen — wenn auch höchst unwillig —, auf das Prinzip der friedlichen Koexistenz eine gewisse Rücksicht zu nehmen.

Der Expansionspolitik der Imperialisten, ihren militärischen und nicht-militärischen Interventionen gegen die demokratische Entwicklung asiatischer, lateinamerikanischer und afrikanischer Völker stehen nicht nur die staatlich organisierten Kräfte des Friedens und des Sozialismus gegenüber. Hinzu kommt auch eine wachsende Aktivität bedeutender Volkskräfte in allen Ländern der Welt, auch in den imperialistischen Staaten selbst. Sie fordern die Beendigung jeglicher Aggressionshandlungen und ungehinderte demokratische Entwicklung für alle Völker und die Sicherung des Friedens.